

JUSOS OBERBAYERN

Beschlussbuch
BEKO

Beschlüsse der Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

am 18. Februar 2018
Alte Flößerei, Wolfratshausen.

Arbeitsprogramm 2018/2019

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- Angenommen -

#freistarten in Oberbayern

Antragsteller*innen Vorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

Ausgangssituation

Bei der Bundestagswahl hat die SPD mit 20,5% das schlechteste Ergebnis seit dem Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Nur noch in wenigen oberbayerischen Bundeswahlkreisen ist unsere Partei zweitstärkste Kraft. Doch nicht nur das Abschneiden der SPD ist kritisch zu betrachten. Die AfD zog nach der Wahl mit 94 Abgeordneten in den deutschen Bundestag ein. Beobachtet man Veröffentlichungen und Äußerungen der AfD-Funktionär*innen, so setzt sich der Trend zu einer immer menschenfeindlicheren Sprache weiter fort. Dass man die neue Bundesregierung "jagen" oder Aydan Özuguz "in Anatolien entsorgen" wolle, sind hier nur Beispiele der radikalen Ausdrucksweise der AfD. Besonders besorgniserregend ist dabei, dass sich andere Parteien dieser Ausdrucksweise immer weiter anpassen und die Diskussion in Politik und Gesellschaft sich mehr nach rechts verschiebt.

Am Wahlabend war für Parteispitze wie Basis der SPD klar, dass man der AfD nicht die Oppositionsführung überlassen könne. Vom "Ende der großen Koalition" ist die SPD nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen aber wieder abgerückt. Am Sonderparteitag im Januar stimmten 56% der Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union. Wir Jusos lehnen die Große Koalition ab. Dies hat - neben der Tatsache, dass wir weiterhin überzeugt sind, dass man der AfD nicht die Oppositionsführung überlassen kann - sowohl inhaltliche Gründe, als auch solche, die auf unseren Erfahrungen in den vergangenen großen Koalitionen basieren.

In den nächsten Wochen werden wir alles geben, möglichst viele Genoss*innen davon überzeugen, beim anstehenden Mitgliederentscheid mit NEIN zu stimmen. Mit der #nogroko-Kampagne hat der Bundesverband der Jusos bereits jetzt deutlich gemacht,

dass wir mehr sind als eine Nachwuchsorganisation, die das Handeln des Parteivorstands abnickt. Auf allen Ebenen der Partei und bis hinein in die Gesellschaft werden wir als laute linke Stimme wahrgenommen. Diese Energie und diesen Zusammenhalt wollen wir nutzen, um die zwingend notwendige Erneuerung der SPD voran zu treiben - unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheids. Die SPD muss sich dabei nicht nur technisch erneuern, also zum Beispiel verkrustete Strukturen loswerden und eine Mitmachpartei nicht nur auf dem Papier werden, sondern sich auch inhaltlich neu ausrichten. Unsere Politik darf keine für die wirtschaftlich starken Menschen sein, nicht für die, die zufällig ein Vermögen geerbt haben, nicht für die, die von der Ausbeutung anderer profitieren. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen ein gutes Leben führen können, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Religion, ihrem Bildungsabschluss oder ihrer sexuellen Orientierung. Wir Jusos werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass unsere Partei wieder zu einem klaren, linken Profil findet.

Bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen werden wir für ein gutes Ergebnis der SPD und das Ende der absoluten Mehrheit der CSU kämpfen. Dabei gilt unsere Unterstützung vor allem unseren Juso-Kandidat*innen.

Auch wenn große Aufgaben vor uns stehen, so sind wir als Jusos Oberbayern auch und vor allem aufgrund der Erfolge im vergangenen Jahr optimistisch, dass wir sie bewältigen werden. Wir konnten uns in Oberbayern 2017 über zahlreiche Neumitglieder - um genau zu sein fast 600 Personen - freuen. Das ist ein Plus von über 30 Prozent! Außerdem haben wir inzwischen in fast allen Unterbezirken aktive Strukturen, die nicht nur auf Juso-Ebene agieren, sondern aktiv in die Unterbezirke der SPD hinein wirken.

Arbeitsstruktur

Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Jusos Oberbayern hat in den vergangenen Jahren zu einer Arbeitsweise gefunden, die wir als erfolgreich bewerten. Viele Elemente dieser Zusammenarbeit wollen wir deshalb beibehalten. Auch im kommenden Jahr wird jedes Vorstandsmitglied für einen der Bereiche "Öffentlichkeitsarbeit", "Strukturarbeit", "Mitgliederbetreuung", "Bildungsarbeit", "Bündnisarbeit", "Antifaschistische Aktionen", "Gleichstellung", "Internationale Zusammenarbeit" und "Verbandscamp" fest verantwortlich sein. Zudem fungiert jedes Vorstandsmitglied als Ansprechpartner*in für etwa zwei Unterbezirke. Die Zuständigkeiten

werden auf der Homepage vermerkt.

Für die Sitzungen des geschäftsführenden Bezirksvorstandes ist ein Rhythmus von etwa vier Wochen vorgesehen. Im kommenden Jahr wollen wir versuchen, die Sitzungen an wechselnden Orten abzuhalten.

Bei dringlichen Angelegenheiten werden die Sitzungen des Bezirksvorstandes durch bedarfsorientierte Telefonkonferenzen ergänzt.

Für eine gelungene Anbindung aller Unterbezirke kommt der Gesamtvorstand mindestens einmal im Quartal zusammen. Neben dem Austausch über aktuelle Aktionen soll bei diesen Sitzungen stets ein inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt werden.

Geschäftsführung

Auch im kommenden Jahr soll die Juso-Bezirksgeschäftsstelle zu festen Bürozeiten für Fragen zur Juso-Arbeit vor Ort und zum Bezirksverband zur Verfügung stehen.

Öffentlichkeitsarbeit

Im nächsten Jahr soll in der Öffentlichkeitsarbeit die Vernetzung im Zentrum stehen. Dies bedeutet, dass ein gemeinsamer Kontaktkanal zur Kommunikation der in Oberbayern für die Onlinearbeit Zuständigen geschaffen werden soll, um die Präsentation der Unterbezirke auf Homepage und Facebookseite zu verbessern. Zudem steht die Landtagswahl im Zentrum des Geschehens. Hierfür soll ein gemeinsames Vorgehen der Unterbezirke entwickelt werden. Auf Facebook wollen wir auch weiterhin die Inhalte der Jusos Bayern multiplizieren.

Generell werden wir die Onlinepräsenz ausweiten. Seit kurzem sind wir auch auf Twitter und Instagram aktiv. Hier wollen wir unsere Aktivität steigern und vielfältige Inhalte veröffentlichen. Dafür wird ein Onlineteam gebildet. Ziel ist es noch mehr Leute über soziale Medien zu erreichen.

Strukturarbeit

Die Strukturarbeit ist eine der Hauptaufgaben des Bezirksvorstandes. Diese soll auch im kommenden Jahr weiter verfolgt werden. Unser Ziel ist, dass es in ganz Oberbayern gut funktionierende Juso-Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften gibt.

Reaktivierung

In den nächsten zwei Jahren sollen die noch fehlenden Juso-Unterbezirke reaktiviert werden.

Die Neugründungen sollen in Form eines „Dreiklangs“ der Zusammenarbeit des Bezirksvorstands mit dem SPD Unterbezirk vor Ort und dem neu zu gründenden Juso-Unterbezirk erfolgen.

Vernetzung

Um die Vernetzung zwischen den Unterbezirken zu fördern, laden wir die Unterbezirke ein, Regionaltreffen mit mehreren beteiligten Unterbezirken zu organisieren. Diese Treffen sollen alle Mitglieder ansprechen und damit die Vernetzung zwischen benachbarten Unterbezirken und gemeinsame Aktionen und Projekte fördern. Für inhaltlichen Input stehen die Mitglieder des Bezirksvorstands zur Verfügung. Darüber hinaus prüfen wir, inwieweit wir die digitale Vernetzung der Mitglieder mithilfe einer Online-Kommunikationsplattform stärken können.

Information

Auf der Homepage der Jusos Oberbayern soll eine Liste aller in Oberbayern bereits vorhandenen Info-, Seminar- oder Werbematerialien erstellt werden. Damit soll die Verwendung bereits vorhandener Materialien für die Unterbezirke erleichtert und eine doppelte Erstellung vermieden werden. Um die Liste zu vervollständigen werden die Unterbezirke gebeten, vorhandene Materialien in digitaler Form an das Büro der Jusos Oberbayern zu schicken.

Außerdem sollen auf der Homepage alle Beschlussbücher der Bezirkskonferenzen der letzten Jahre abrufbar sein. Wichtige Beschlüsse der Unterbezirke werden ebenso gesammelt und damit anderen Unterbezirken zur Anregung und Information zur Verfügung gestellt. Zudem erfolgen Verlinkungen zu den Beschlüssen der Jusos Bayern und im Bund. Schließlich sollen auch alle Satzungen der Jusos Oberbayern, der Juso-Unterbezirke sowie die der SPD Oberbayern auf der Homepage einsehbar sein.

Neben der Sammlung vorhandener Materialien sollen auch von oberbayerischer Seite neue Materialien geschaffen werden. Die Broschüre „Wir Jusos“ wird im Rahmen einer Schreibwerkstatt überarbeitet und auf einen aktuellen Stand gebracht. Zudem wird das „Gleichstellungsasi“ neu aufgelegt. Es soll als Sticker sowohl digital als auch analog auf Fälle fehlender Gleichstellung hinweisen.

Mitgliederbetreuung

Wir wollen alle Jusos in Oberbayern in regelmäßigen Abständen mit einem Newsletter über aktuelle politische Themen, geplante Veranstaltungen und Aktionen auf dem Laufenden halten

und über vergangene Veranstaltungen berichten. Dafür sollen von allen Unterbezirken regelmäßig geplante Termine abgefragt werden, um sie dann in den gemeinsamen Newsletter aufzunehmen.

Für neue Mitglieder bieten wir weiterhin Neumitgliederseminare an. Außerdem wollen wir uns um die Juso-Neueintritte in den Unterbezirken kümmern, die keine aktive funktionierende Struktur haben, sodass auch dort die Einbeziehung bei den Jusos in benachbarten Unterbezirken, etwa durch gezielte Einladung zu Regionaltreffen, oder bei Veranstaltungen der Jusos Oberbayern sichergestellt wird.

Bildungsarbeit

a) Neumitgliederseminare

Wie in den letzten Jahren planen wir auch für dieses Jahr zwei Neumitgliederseminare in Zusammenarbeit mit den Jusos München. Bei höherem Bedarf sollen zusätzliche Seminare ermöglicht werden. Des Weiteren möchten wir die Workshop-Materialien der Neumitgliederseminare vereinheitlichen und online zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir eintägige Kurzseminare anbieten, die in einzelnen Unterbezirken auf Nachfrage vor Ort gehalten werden können.

b) Empowerment-Programm

In Zusammenarbeit mit den Jusos München soll ein umfangreiches Bildungsprogramm ausgearbeitet werden. Ziel ist es neue wie auch langjährige Mitglieder politisch und organisatorisch zu schulen. Im vergangenen Jahr wurde dazu bereits ein grober Plan ausgearbeitet. Auf diesen soll aufgebaut werden.

c) Presseseminar

Zur Unterstützung der Unterbezirke wollen wir ein Seminar organisieren, welches die Pressearbeit in den Fokus nimmt. Hier soll erklärt werden, worauf es bei der Erstellung von Pressemitteilungen ankommt und wie es die Untergliederungen am besten schaffen in den Medien Erwähnung zu finden.

Bündnisarbeit

Eine Auseinandersetzung mit unseren Inhalten innerhalb von Verband und Partei reicht nicht aus, um unsere Vision einer gerechten Gesellschaft ohne Diskriminierung und Rassismus umzusetzen. Dies ist nur möglich, wenn wir Seit an Seit mit unseren Bündnispartner*innen

dafür kämpfen - in Diskussionen, in Arbeitsgruppen und bei Demonstrationen. Grundsätzlich streben wir an, regelmäßig Veranstaltungen unserer Bündnispartner*innen zu besuchen und sie zu unseren Veranstaltungen einzuladen. Wie im vergangenen Jahr soll es auch auf dem diesjährigen Verbandscamp eine Diskussionsrunde mit Bündnispartner*innen geben.

So vielfältig wie die Themen unserer politischen Arbeit sind, so vielfältig sind auch unsere Bündnispartner*innen. Im kommenden Jahr wollen wir Schwerpunkte in folgenden Bereichen setzen:

1. Gewerkschaften

Wir Jusos verstehen uns als Teil der Arbeiter*innenbewegung. Der DGB mit seinen Mitgliedsverbänden und den Jugendorganisationen stellt damit einen der wichtigsten Bündnispartner dar.

2. Geflüchteten - und Migrant*inneninitiativen

Hass auf Geflüchtete, Beschimpfungen oder gar Gewalt gegenüber Migrant*innen sind nicht erst seit dem Einzug der AfD in den Bundestag in Deutschland an der Tagesordnung. Umso wichtiger ist es, mit Initiativen, in denen Geflüchtete und Migrant*innen aktiv sind, zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen. Den Austausch mit Heimat e.V., Helferkreisen und dem Jungen Bündnis für Geflüchtete wollen wir auch im kommenden Jahr intensiv pflegen und Genoss*innen motivieren, sich in diesen Initiativen zu engagieren.

3. Jugendverbände

Eine zentrale Rolle soll weiterhin der Austausch mit Jugendverbänden spielen. Hier wollen wir neue Kontakte knüpfen und bestehende Zusammenarbeit fortführen. Die Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring und den progressiven religiösen Jugendverbänden sehen wir dabei im Mittelpunkt.

4. Sozial- und Umweltverbände

Sozial- und Umweltverbände sind seit langem Partner*innen der Sozialdemokratie. Besonders pflegen möchten wir dabei den Kontakt mit Organisationen, die aus der Arbeiter*innenbewegung kommen, wie die Arbeiterwohlfahrt und die Naturfreunde.

5. Arbeitsgemeinschaften der SPD

Die dringend notwendige Erneuerung der SPD kann in unseren Augen nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Partei vom neoliberalen Kurs entfernt und Ideen entwickelt, wie in Deutschland alle, und nicht nur die privilegierten Menschen, gut leben können. Als Jungsozialist*innen sehen wir es als unsere Aufgabe, innerhalb der Partei für linke Politik Mehrheiten zu organisieren. Dazu wollen wir im kommenden Jahr verstärkt in den Dialog mit anderen Arbeitsgemeinschaften unserer Mutterpartei treten.

Geschichte erforschen

Entstanden aus den Jusos Südbayern gibt es die Jusos Oberbayern nun seit mehreren Jahrzehnten als progressive Kraft im Bezirk Oberbayern. Allerdings gibt es über die Geschichte der Jusos Oberbayern noch viel zu entdecken. Im vergangenen Jahr haben wir begonnen das vorhandene Material zu sichten und weitere Informationen zu sammeln. Nun möchten wir unsere Arbeit in diesem Bereich weiter vorantreiben und als Interviewprojekt, genauer gesagt als „Oral-History Projekt“, gestalten. Dazu benötigen wir eure Hilfe im neuen AK „Geschichte Jusos Südbayern“. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen sich hier zu engagieren. Wir werden im Rahmen des Projektes ein Interview- und Social-Media Konzept erarbeiten und wollen mit Zeitzeugen direkt ins Gespräch kommen um unsere eigene Geschichte lebendig werden zu lassen.

Wahlen

Landtags- und Bezirkstagswahlen

Bei den bevorstehenden Landtags- und Bezirkstagswahlen im kommenden Herbst kämpfen wir für eine starke BayernSPD und ein Ende der Alleinregierung der CSU im bayerischen Landtag. Eine große Koalition in Bayern stellt für uns keine Option dar. Wir freuen uns über die Kandidaturen aus den Reihen der Jusos und werden sie tatkräftig im Wahlkampf unterstützen. Neben der von den Jusos Bayern geplanten Jugendwahlkampagne werden wir eigenständige Aktionen umsetzen und die Unterbezirke bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Verteilungen unterstützen. Wir setzen dabei auch auf unterbezirksübergreifende Aktionen, die zum Beispiel auf den Regio-Treffen geplant werden können. Zur Koordination soll ein Kalender mit Wahlkampfaktionen der Unterbezirke und des Bezirks erstellt werden.

Europawahlen 2019 und Kommunalwahlen 2020

Im Frühsommer 2019 findet die Wahl zum europäischen Parlament statt, im darauffolgenden Jahr stehen die Kommunalwahlen in Bayern an. Wir wollen uns auch hier aktiv einbringen, inhaltlich wie personell.

Inhaltliche Schwerpunkte

Gleichstellung

Am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz zum Wahlrecht für Frauen in Kraft. Im Jahr 2018 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Außerdem beschloss die SPD vor 30 Jahren die in den Parteistatuten verankerte Geschlechterquote. Auch hier begehen wir in diesem Jahr ein rundes Jubiläum.

Doch wo stehen wir beim Thema Gleichstellung heute? Im neu gewählten deutschen Bundestag ist der Frauenanteil mit 31 Prozent rückläufig und wieder auf dem Niveau der Wahlperiode 1998-2002. Auch konnten wir in den letzten Monaten unter #metoo lesen, wie betroffene Frauen* ihren Tweets auf das Ausmaß sexueller Belästigung und sexueller Übergriffe aufmerksam machen.

Diese ausgewählten Beispiele zeigen, dass beim Thema Gleichstellung zwar schon viel auf den Weg gebracht und ins öffentliche Interesse gerückt wurde, wir aber dennoch nachwievor weit von unserem Ziel entfernt sind. Außerdem macht eine von den Jusos Oberbayern im Vorfeld der Gleichstellungskonferenz durchgeführte Umfrage im Oktober 2017 deutlich, dass auch wir Jusos noch einige To-Do's beim Thema Gleichstellung haben.

Deswegen ist und bleibt Gleichstellung eines der wichtigsten Themen in unserem Verband. Frauen*vernetzungstreffen während verschiedener Veranstaltungen der Jusos Oberbayern, zum Beispiel auf dem Verbandscamp oder der Gleichstellungskonferenz, sollen weiterhin dazu dienen, dass sich weibliche* Mitglieder im einem geschützten Rahmen über ihre Erlebnisse und Erfahrungen austauschen können. Gleichzeitig wollen wir die Männer*reflexionstreffen fortführen.

Auf der Gleichstellungskonferenz 2017 sammelten wir in einem Workshop Ideen für ein Mentorinnenprogramm, um Frauen* als Mentees weiter zu empoweren und gezielt bei ihrer politischen Arbeit unterstützt durch eine*n Mentor*in zu begleiten. Das Mentorinnenprogramm der Jusos Oberbayern soll 2018 gestartet werden. Zusätzlich wollen wir wie jedes Jahr wieder eine Gleichstellungskonferenz durchführen.

Antifa

Die antifaschistische Arbeit soll auch im kommenden Jahr einen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellen. Hierbei wollen wir alle Juso-Unterbezirke dazu ermutigen sich in Bündnisse vor Ort einzubringen und sich gegenseitig besser zu vernetzen. Dazu werden wir im kommenden Jahr mit eurer Hilfe eine Auflistung der Bündnisse vor Ort erstellen. Ebenso werden wir uns weiterhin aktiv im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ und im „Arbeitskreis gegen Rechts“ der Jusos Bayern einbringen.

Besonders wichtig ist uns auch dieses Jahr die die Gedenk- und Erinnerungsarbeit.

Internationales

Um die Interessen unserer Klasse durchsetzen zu können, bedarf es einer internationalen Vernetzung, da die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital international ist. Gerade in Zeiten zunehmender internationaler Verwerfungen und reaktionärer Umtriebe ist es wichtig, dass sich die sozialistische Arbeiter*innenbewegung wieder stärker international organisiert.

In diesem Sinne ermutigen wir unsere Mitglieder, an Veranstaltungen und Aktivitäten unserer europäischen und internationalen Dachorganisationen (YES und IUSY) teilzunehmen, wie beispielsweise dem YES Summer Camp 2018.

Desweiteren wollen wir unsere bilateralen Beziehungen zu unseren Schwesterorganisationen ausbauen.

So werden wir unsere gute Zusammenarbeit mit den Jusos Salzburg weiterführen, indem wir diese zu unseren Veranstaltungen einladen und gemeinsame Veranstaltungen organisieren.

Eine der vielversprechendsten Entwicklungen in der europäischen Sozialdemokratie fand in den letzten Jahren innerhalb der Labour Party in Großbritannien statt, die mit der Wahl Jeremy Corbyns zum Vorsitzenden einen radikalen Linksschwenk vollzogen hat, seitdem die konservative Regierung erfolgreich vor sich her treibt und auf dem besten Weg ist die nächste Regierung Großbritanniens zu stellen. Deshalb möchten wir den Kontakt zu Young Labour Brighton, den Kontakt zu Mladi Socialny Demokratky der ČSSD herstellen und eventuell einen Austausch organisieren.

Migration und Asyl

Wir kämpfen für eine Welt ohne Grenzen, in der ein jeder Mensch frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben kann, wo er* oder sie* möchte. Aktuell befinden sich jedoch Millionen von Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Verfolgung. Ihre Not liegt meist begründet

in der Ausbeutung ihrer Lebensgrundlage durch große Konzerne und korrupte Regierungen, sowie durch Kriege um Rohstoffe und politischen Einfluss. Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen, die gezwungen sind vor Hunger, Krieg und Verfolgung zu fliehen. Ihre Interessen sind unsere Interessen. Eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung werden wir nur gemeinsam erkämpfen. Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen diese Erkenntnis in der Bevölkerung zu verbreiten und für die daraus folgenden Konsequenzen zu werben.

Wir stehen klar für ein globales Recht auf Migration und gegen Abschiebungen. Ein Einwanderungsgesetz nach wirtschaftlichen Aspekten lehnen wir ab. Das Grundrecht auf Asyl muss ein Grundrecht ohne Ausnahmen sein, daher fordern wir auch die Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten. Außerdem stehen wir für den uneingeschränkten Familiennachzug von Kriegsflüchtlingen.

Wir werden uns an Demonstrationen und Protestaktionen zu diesem Thema beteiligen. Außerdem wollen wir uns innerhalb der SPD für diese Positionen stark machen und Mehrheiten dafür erstreiten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Infrastruktur

Wir wollen uns auch dieses Jahr mit dem Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auseinandersetzen, da wir auch innerhalb Oberbayerns große Unterschiede in wichtigen Bereichen vorfinden: Während die Infrastruktur im Großraum München sehr gut ausgebaut ist, aber großteils stark überlastet ist, ist es insbesondere um den öffentlichen Nahverkehr in den ländlicheren Gebieten Oberbayerns nicht gut bestellt. Insbesondere junge Menschen sind aber oft auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, den wir deshalb ausbauen und besser bezahlbar machen wollen. Dafür wollen wir eine Initiative für ein Auszubildenden-Ticket starten, das analog zum Semesterticket für Studierende eingerichtet werden sollte. Auch bei der digitalen Infrastruktur besteht immer noch ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle Haushalte in Oberbayern mit einem zukunftssicheren Internetanschluss, also durch Glasfaser-Leitungen, versorgt werden.

Ebenso wichtig wie Mobilität ist gerade für junge Menschen das Problem von Wohnraum, der in Oberbayern beinahe durchweg zu teuer und für viele junge Menschen unbezahlbar ist. Wir werden uns deshalb damit auseinandersetzen, wie gerade für junge Menschen wieder bezahlbare Mieten erreicht werden können, etwa durch Azubi- und zusätzliche Studentenwohnheime.

Insbesondere in Hinblick auf diese beiden Schwerpunkte werden wir uns auch mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag für gleichwertige Lebensverhältnisse auseinandersetzen.

Bildung

Wir Jusos wollen, dass alle unabhängig von ihren Startbedingungen den gleichen Zugang zu Bildung haben. Im bayerischen Schulsystem finden wir aber eine andere Situation: Ob zum Beispiel ein Kind ein Gymnasium besucht, hängt zu einem großen Teil von der sozialen Herkunft seiner Eltern ab. Bei Studienanfänger*innen zeigt sich ein ähnliches Bild. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, haben wir uns bereits in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Maßnahmen beschäftigt. Wir fordern die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem hin zu einer Gemeinschaftsschule, echte Ganztagsangebote und Mittel für die Förderung von Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf. Im Landtagswahljahr 2018 wollen wir uns aus diesen Gründen intensiv mit dem Thema Bildung befassen. Die bestehende Zusammenarbeit mit den oberbayerischen Juso-Hochschulgruppen und der Juso Schüler*innen und Auszubildendengruppe wollen wir beibehalten und intensivieren.

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum fehlt in Oberbayern an allen Ecken und Enden, was zu teils unbezahlbaren Preisen führt. Gerade im Großraum München können sich viele Leute keine Wohnung mehr leisten. Dies ist ein Problem das in einem besonderen Maße auch junge Menschen betrifft. Gerade kleine Wohnungen und Wohnheimplätze fehlen in hoher Anzahl. Dies trifft sowohl Studierende, wie auch Auszubildende und Berufseinsteiger*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gerade in diesen Segmenten nach jahrelanger Tatenlosigkeit wieder stärker in den Fokus genommen wird. Besonders wollen wir auch auf die fehlende Tätigkeiten der Landesregierung im Studierenden- und Azubibereich hinweisen. Wir werden kommunale Vorzeigeprojekte wie die von den Jusos München erkämpften Azubi-Wohnheime stärker sichtbar machen und diese Konzepte in alle Regionen Oberbayerns tragen. Der Bezirksvorstand wird die Juso-Unterbezirke ermutigen regionale Initiativen zu starten und diese dabei unterstützen.

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist eines unserer zentralen Themen, für das wir im nächsten Jahr weiter streiten werden. Der Trend zu einer immer größer werdenden Spaltung der Gesellschaft muss nicht nur aufgehalten, sondern umgekehrt werden. Wir brauchen unter anderem Lösungen für die Wohnraumnot, die über das bloße neu bauen von Wohnungen hinausgehen, sondern ein grundlegendes Konzept für eine dezentrale Lebensraumgestaltung enthalten. Wir brauchen

Chancengleichheit in der Bildung und sichere unbefristete Arbeitsplätze, die fair bezahlt werden und uns neben der Arbeit auch noch genügend Zeit zum Leben lassen. Die Lebensqualität jeder*jedem einzelnen ist wichtiger als die Erfolge Einzelner in der Wirtschaft.

Der sogenannte „Schulz-Effekt“ vor einem Jahr war dabei nicht nur auf die Person Martin Schulz zurückzuführen, sondern vielmehr auf das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ und das Gefühl eines Teils der Bevölkerung, von der Gesellschaft abgehängt worden zu sein. Hier müssen wir ansetzen und den Menschen zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen und ihnen unsere Visionen für eine sozial gerechte Gesellschaft vorstellen, ohne dabei bloß auf unverständliche Schlagworte zurückzugreifen.

Veranstaltungen

Verbandscamp

Zum dritten Mal soll in diesem Jahr das Verbandscamp in Thalhausen bei Freising stattfinden. Der Zeltplatz ist vom 15. bis zum 19. August reserviert. Neben Workshops und Diskussion zu vielfältigen Themen wollen wir wieder ausreichend Zeit für Freizeit und Vernetzung im Programm einplanen.

Gleichstellungskonferenz

In diesem Jahr wollen wir Jusos uns bei unserer alljährlichen Gleichstellungskonferenz aus gegebenem Jubiläumsanlass einem ganz besonderen Ereignis widmen. Seit 100 Jahren haben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht und das wollen wir bei unserer Gleichstellungskonferenz nicht nur ausführlich thematisieren und in Erinnerung rufen, sondern das müssen wir auch gebührend feiern. Außerdem wollen wir unsere Mitgliederbefragung zum Thema Gleichstellung und Feminismus wiederholen, die wir im letzten Jahr im Rahmen der Gleichstellungskonferenz durchgeführt haben. Die Ergebnisse der Umfrage werden dann wie beim letzten Mal auf der Konferenz vorgestellt und gemeinsam besprochen.

Jahresabschlussfeier

Um gemeinsam das Ende des Jahres 2018 zu feiern, werden wir auch in diesem Jahr wieder zur Jahresabschlussfeier einladen, die im Anschluss an die Gleichstellungskonferenz stattfindet.

Bierzelttour

Die Bierzelttour soll auch 2018 weitergeführt werden und es ermöglichen, dass sich die Unterbezirke austauschen und vernetzen. Die Unterbezirke werden angeregt, Gastgeber*innen einer Station der Bierzelttour zu werden. Sie organisieren die Vorveranstaltung, auf der ein inhaltliches Thema behandelt wird. Anschließend wird gemeinsam auf das hiesige Volksfest gegangen. Der Bezirk leistet die Einladung der restlichen Unterbezirke, insbesondere der angrenzenden, sowie die Werbung für die Bierzelttour auf allen aktiven Social Media Kanälen und über den Gesamtvorstandsverteiler.

Bergauf gegen Rechts

Auch 2018 setzen wir wieder ein starkes Zeichen gegen Rechts. Bereits im letzten Jahr riefen wir am Tag der deutschen Einheit zum "Bergauf gegen Rechts" auf, aus Protest gegen die „Identitäre Bewegung“ und um ein Zeichen gegen jede Art von menschenverachtender Hetze rechtsradikaler Gruppierungen zu setzen. Wir wollen die Berge sowie die politische Öffentlichkeit nicht den Rechten überlassen. "Bergauf gegen Rechts" soll in diesem Jahr zweimal, im Frühsommer und Herbst, stattfinden. Alle Jusos in Oberbayern werden dazu aufgerufen gemeinsam einen Berg zu besteigen und ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Die Wanderung soll auch für Aufklärung und Vernetzung genutzt werden.

Argumentieren-gegen-Sexismus-Workshop

Im Frauen*vernetzungstreffen des Verbandscamps 2017 kam der Wunsch auf, dass die Jusos Oberbayern ein Argumentieren-gegen-Sexismus-Seminar (Arbeitstitel) anbieten. Nach dem Vorbild der Stammtischkämpfer*innenausbildung wollen wir einen Workshop ausarbeiten, der Frauen* wie Männer* empowert, sich gegen Sexismus zu Wehr zu setzen. Ähnlich wie bei fremdenfeindlichen Parolen ist man bei sexistischen Äußerungen zunächst sprachlos und weiß nicht, wie man reagieren kann. Umso wichtiger ist es, solche Situationen zu trainieren.

Gedenk- und Erinnerungsarbeit

In Zukunft werden wir die Gedenk- und Erinnerungsarbeit noch stärker in den Fokus rücken. Kein Opfer der nationalsozialistischen Verbrecher*innen des dritten Reiches darf je vergessen werden. Wie in den vergangenen Jahren werden wir auch im kommenden Jahr Gedenkveranstaltungen im Konzentrationslager Dachau besuchen. Darüber hinaus wollen wir verstärkt an Gedenkveranstaltungen in anderen Orten Oberbayerns teilnehmen und eigene Gedenkveranstaltungen initiieren. Dabei werden wir auch die oberbayerischen Widerstandskämpfer*innen in den Blick nehmen.

Revolutionsjubiläum

Dieses Jahr jährt sich zum hundertsten Mal die Novemberrevolution, die 1918 den ersten Weltkrieg und die Monarchie in Deutschland beendete. Gerade für die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland ist dies ein wichtiges Ereignis, da die Revolution vor allem vom Proletariat getragen wurde und sich in ihrem Verlauf die Spaltung der Bewegung in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel manifestierte. Während die USPD, der Spartakusbund und später die KPD die sozialistische Revolution vollenden wollten, blieb die SPD auf halber Strecke stehen und half im Verbund mit reaktionären Freikorps die revolutionären Arbeiter*innenaufstände niederzuschlagen. Dies führte letztendlich auch zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In Bayern führte die Revolution zunächst zur Ausrufung des Freistaates durch den USPD-Politiker Kurt Eisner, dessen Sekretär Felix Fechenbach als Gründer der Jusos gilt.

Nach der Ermordung Eisners durch einen rechtsradikalen Attentäter kommt es zu mehreren revolutionären Erhebungen, die schließlich in der Münchener Räterepublik münden. Diese wird jedoch bereits nach kurzer Zeit von Reichswehrtruppen und Freikorps auf Befehl der geflohenen SPD-Landesregierung blutig niedergeschossen.

An diese Ereignisse möchten wir erinnern um einerseits das Andenken zu bewahren und andererseits Konsequenzen für heutiges Handeln zu ziehen.

Wir planen eine Veranstaltungsreihe, bei der in möglichst vielen Unterbezirken jeweils eine Veranstaltung zu einem damals stattgefundenen lokalen Ereignis organisiert wird. Der Bezirksvorstand wird diese Veranstaltungen gemeinsam mit dem jeweiligen Unterbezirk organisieren und freut sich über kreative Ideen.

Ausblick

Für 2018 haben wir uns viel vorgenommen. Auch wenn im Sommer vor allem die Landtags- und Bezirkstagswahlen im Mittelpunkt stehen werden, werden wir andere Ziele nicht aus den Augen verlieren. Wir werden unsere Mitglieder empowern, vernetzen und gemeinsam an der Erneuerung der SPD arbeiten. Wir werden in Partei und Gesellschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Wir werden uns weiterhin jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenstellen.

Das alles werden wir nur erreichen, wenn wir gemeinsam agieren. Dazu brauchen wir euch alle, eure Fähigkeiten und Talente, eure Ideen und Visionen.

Leitantrag

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- Angenommen -

Frei in die eigene Wohnung starten

Antragsteller*innen Vorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag

1 I. Einleitung

2 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und
3 ausbildungsbezogenen Zuzug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen
4 in der Stadt noch leisten können. Die steigenden Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen
5 eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der normalverdienenden Bevölkerung zu führen
6 droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die Kerngebiete der Städte begrenzt
7 sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege müssen für die Suche
8 nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region in den
9 Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München
10 erfahren Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer
11 Wohnraum knapp.

12 In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der "Anspruch auf eine angemessene
13 Wohnung" für jede*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von
14 bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich
15 diesem Anspruch gerecht werden, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Gemeinden
16 ermöglichen, einen wirksamen Schutz vor Verdrängung zu gewährleisten und für den Erhalt und
17 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu sorgen.

18 II. Regionalentwicklung und Bodenordnung

19 Grundlage für eine zielgerichtete regionale Entwicklung und funktionierende Infrastruktur ist
20 eine abgestimmte Landesentwicklungs- und Regionalplanung. Die Landesentwicklungsplanung

1 konkretisiert die Ziele der Raumordnung und schafft einen Handlungsrahmen für die zukünftige
2 regionale Entwicklung. Dafür bedarf es eines abgestuften Konzeptes der zentralen Orte, welches
3 in der Landesplanung wieder sinnvoll verankert werden muss. Das übergeordnete
4 raumordnerische Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss verbunden werden mit
5 einer nachhaltigen Regionalentwicklungsplanung, die erst eine zielgerichtete Gestaltung der
6 räumlichen Entwicklung ermöglicht. Dabei kommt es darauf an, die vorhandenen Qualitäten
7 auch des ländlichen Raumes überhaupt nutzbar zu machen, indem Nachteile durch die
8 Förderung von Infrastruktur behoben oder gemildert werden. Dazu bedarf es insbesondere des
9 flächendeckenden Ausbaus der Breitbandinfrastruktur sowie der Bereitstellung eines möglichst
10 engmaschigen Netzes an öffentlichen Verkehrsmitteln.

11 Grundsatz der Entwicklung muss es sein, Innenentwicklung und Verdichtung vor weiterer
12 Außenentwicklung zu setzen. Wir brauchen keinen weiteren Wettbewerb unter den Gemeinden
13 um die Ausweisung von immer noch einem neuem Baugebiet im Außenbereich und den damit
14 verbundenen Flächenfraß, sondern die Priorisierung von qualitativvoller Weiterentwicklung und
15 Verdichtung von gemischten Nutzungsstrukturen im Innenbereich unter der Wahrung und
16 Schaffung gemischter Sozialstrukturen und der Wahrung und Schaffung von bezahlbaren
17 Wohnraum. Diese Entwicklung muss in enger regionaler Kooperation verbindlich zwischen den
18 Gemeinden abgestimmt werden.

19 Grundlage aller Wohnbaupolitik und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist immer auch
20 die Frage nach Bodenordnung und Bodenwert. Die Bayerische Verfassung legt in Artikel 161
21 Abs. 2 klare Maßstäbe für die Sozialverpflichtung des Bodeneigentums an, indem sie erklärt,
22 dass "Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des
23 Eigentümers entstehen, [...] für die Allgemeinheit nutzbar zu machen" sind. Daher fordern wir
24 die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, die den leistungslosen Wertzuwachs auf Basis der
25 Bodenpreisentwicklung für die Finanzierung von sozialer und technischer Infrastruktur, sowie der
26 Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum zum Zeitpunkt der Inwertsetzung heranzieht.

27 Gleichfalls muss sich der Freistaat auf Bundesebene für eine Erneuerung der Grundsteuer
28 einsetzen, die auf Basis der, im Vergleichsverfahren erhobenen Bodenrichtwerte das
29 Eigentum an Grund und Boden besteuert. Die der Grundsteuer als bisherige
30 Bemessungsgrundlage zu Grunde liegenden Einheitswerte stammen in Westdeutschland noch
31 aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern sogar aus dem Jahr 1935 und haben mit
32 den realen Wertverhältnissen nur noch wenig zu tun. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteuer

1 auf die Mieten muss abgeschafft werden, schließlich ist der Zweck nicht die Schaffung von
2 Belastungen für die Mieter*innen, sondern eine Besteuerung des Eigentums an Grund und
3 Boden. Gleichzeitig schafft die Beschränkung auf die Besteuerung des Bodenwerts einen Anreiz
4 zur Ausnutzung der vorhandenen Baurechte.

5 Um Bodenpreisspekulation zu bekämpfen, fordern wir die Wiedereinführung der Grundsteuer C
6 auf nicht oder nur geringfügig genutzte Grundstücke bei bestehendem Baurecht im
7 Zusammenhang bebauter Gebiete oder bei Vorhandensein eines Bebauungsplans.

8 Um den Kommunen eine aktive Bodenbevorratungspolitik zu ermöglichen sollen die
9 landesrechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Bodenfonds in kommunaler Hand
10 geschaffen werden und die Gemeinden finanziell und fachlich bei der Einrichtung dieser Fonds
11 unterstützt werden.

12

13 Deshalb fordern wir:

- 14 > Schaffung einer zielgerichteten, nachhaltigen und verbindlichen Regionalplanung
- 15 > Ausbau und Förderung von Breitbandausbau sowie die Schaffung eines engmaschigen und
- 16 bezahlbaren Angebots an öffentlichem Nahverkehr
- 17 > Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer
- 18 > Reform der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf Basis der Bodenrichtwerte und
- 19 Abschaffung ihrer Übertragbarkeit auf die Mieten
- 20 > Einführung einer Grundsteuer C auf nicht- oder untergenutzte Flächen im Innenbereich
- 21 > Ermöglichung der Einrichtung von Bodenfonds durch die Kommunen

22 **III. Schutz vor Verdrängung**

23 In den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt müssen die Kommunen nachhaltig in die
24 Lage versetzt werden, wirkungsvoll Verdrängungs- und Entmischungsprozesse aufzuhalten. Dafür
25 bedarf es eines wirksamen Instrumentariums den Mietanstieg zu begrenzen und für den Erhalt
26 von bezahlbarem Wohnraum zu sorgen.

27 Miet- und Baurecht fallen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung. Es wird
28 jedoch erst durch den Erlass von Rechtsverordnungen wirksam, für deren Erlass die Länder
29 zuständig sind. Ebenso wie für die Rahmenbedingungen und die Überprüfung der Satzungen
30 der jeweiligen Gemeinden, womit auch eine landesrechtliche Einflussnahme möglich ist.

1 Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die
2 Mieter*innen erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um
3 einen effizienten und sozialen Rechtsschutz zu gewährleisten.

4 Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit
5 einem angespannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der
6 ortsüblichen Vergleichsmiete + 10% angehoben werden darf.

7 Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird von den Ländern für
8 jeweils maximal 5 Jahre bestimmt. Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich
9 mit Orten, an denen die Mietpreisbremse gilt und Orten, die ausgenommen sind. Wir fordern
10 daher, dass die Mietpreisbremse in Bayern künftig überall flächendeckend gilt und nicht nur in
11 Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt.

12 Ebenso soll sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen.
13 Neubauwohnungen, die erstmals vermietet werden, sind von der Mietpreisbremse
14 ausgenommen, ebenso wie die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung. Dies
15 dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Modernisierung von Wohnungen fördern.
16 Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förderung bejahen. Hinsichtlich
17 des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der Mieter*innen
18 geschieht, sondern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die
19 Ausnahme von Neubauwohnungen und umfassend modernisierten Wohnungen von der
20 Mietpreisbremse soll daher künftig nicht mehr bestehen und Investitionen stattdessen von
21 staatlicher Seite ermöglicht werden.

22 Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet
23 aus den üblichen Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe,
24 Ausstattung, Beschaffenheit und Lage einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten
25 vier Jahren vereinbart worden sind. Dieser kurze Zeitraum von vier Jahren und die Tatsache,
26 dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen berücksichtigt werden und nicht etwa bereits
27 bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die Realität jedoch nicht
28 ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen
29 Zeitraum über vier Jahre hinaus auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur
30 Neuvermietungen, sondern auch bereits bestehende Altverträge mit zu berücksichtigen.

1 Auch hinsichtlich der Bemessungsgrundlage der Miethöhe besteht Nachbesserungsbedarf.
2 Die Höhe von Kaltmiete und Nebenkosten soll sich zukünftig nach der tatsächlichen Größe der
3 Wohnung in Quadratmetern bemessen. Das Risiko von Abweichungen wegen möglichen
4 Messungenauigkeiten sollen künftig die Vermieter als Eigentümer tragen und nicht die Mieter.
5 Wir fordern, dass die bisherige Rechtsprechung des BGH durch eine gesetzliche Regelung
6 aufgehoben wird, nach der derzeit bis zu 10% Abweichung zugunsten der Vermieter durch die
7 Mieter toleriert werden müssen.

8 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt
9 werden. Durch Internetplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist
10 dauerhafte Nutzung als lukrative Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine
11 reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist die Gewerbesteuer eine der wichtigsten
12 Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwandlung von Wohnraum in
13 Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter reduziert. Um
14 Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind
15 Zweckentfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich.
16 Dies gilt jedoch nur, wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung
17 geregelt hat. Ist dies nicht geschehen, kann der Wohnraum je nach Belieben der
18 Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine Gefahr der Verdrängung von
19 Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemietvertragseinnahmen
20 oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je nach
21 Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das
22 Genehmigungserfordernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere
23 Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß gegen die Regelungen der
24 Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum soll durch die
25 Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der
26 Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

27 Daher fordern wir:

- 28 > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse
- 29 > Streichung der Ausnahmetatbestände "möblierte Wohnung" und "Neubau" für die Gültigkeit
30 der Mietpreisbremse
- 31 > Weiterentwicklung des Mietspiegels zu einer echten "ortsüblichen Vergleichsmiete" durch

1 deutliche Ausweitung der Berechnungsgrundlage und die Einbeziehung von Bestandsmieten -
2 auch im nicht gewinnorientierten Wohnungsbau.

3 > Berechnungsgrundlage der Mieten sollen die tatsächlichen Wohngrößen sein.

4 > Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen und zentrale
5 Wiederbelegung zweckentfremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die
6 Kommunen.

7 **IV. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**

8 Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von
9 bezahlbarem Wohnraum dar. Die Zahl der Menschen, deren Einkünfte nicht mehr ausreichen,
10 um die hohen Mietpreise zu bezahlen oder sich gar Wohneigentum zu erwerben, steigt stetig.
11 Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in den
12 bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohnraum zu finden. Und selbst dann,
13 wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein unverhältnismäßig
14 hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die
15 Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch
16 längerfristig ist auf dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen.

17 Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der
18 Bautätigkeit. Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement
19 gezeigt werden und der Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln
20 gefördert werden. Dabei sind insbesondere die Kommunen bei der Schaffung oder der
21 Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen Bestand zu unterstützen.

22 Aber auch der Freistaat soll wieder als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten und seiner
23 Verpflichtung gerecht werden, bezahlbaren Wohnraum - insbesondere auf für seine eigenen
24 Beschäftigten - zu schaffen. Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der
25 Landesbank an ein privates Investorenkonsortium war ein fataler Fehler und verantwortlich für
26 den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums. Die eingegangenen
27 Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen.

28 Zu diesem Zweck soll eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet und mit den
29 entsprechenden Mitteln ausgestattet werden um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
30 Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen

1 zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der
2 Immobilienverwaltung des Freistaates Imby betreuten Liegenschaften sollen nicht zu
3 marktüblichen Preisen sondern zu einem deutlich reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale
4 Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt nicht nur für bisher nicht bebaute Flächen,
5 sondern auch für die Flächen, die derzeit in Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

6 Genossenschaften, als selbstorganisierte Form der nicht gewinnorientierten gemeinnützigen
7 Wohnungsbewirtschaftung sollen von staatlicher Seite unterstützt und Neugründungen durch
8 Beratung und organisatorische Hilfe gefördert werden.

9 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe
10 angepassten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um Jungen Menschen,
11 Student*innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in den eigenen vier
12 Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt es oft besonders schwer sich auf dem
13 Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürgschaften und Kautionen
14 zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer Wohnung.

15 Daher braucht es ein Landesförderprogramm für "Junges Wohnen" das die zweckgebundene
16 Errichtung von bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch
17 kommunale und gemeinnützige Träger ermöglicht.

18 Gleichzeitig muss der Freistaat Bayern die bedarfsangemessene Ausstattung der
19 Student*innenwerke sicherstellen. Insbesondere in den Universitätsstädten mangelt es an
20 bezahlbarem Wohnraum, häufig gibt es viel zu wenige Plätze in den Wohnheimen. In
21 Kooperation mit kommunalen und gemeinnützigen Trägern muss daher neuer Wohnraum für
22 Studierende geschaffen werden.

23 Insbesondere Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen fällt es schwer eine bezahlbare
24 Wohnung zu finden. Projekte für "Auszubildenden Wohnen" in kommunaler oder gemeinnütziger
25 Hand sollen durch den Freistaat gefördert werden. Auch müssen die Investitions- und
26 Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden- und Blockschulwohnheime durch die
27 Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemessene Unterbringung von
28 Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

- 1 Daher fordern wir:
- 2 > Schaffung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, die zweckgebunden bezahlbaren
3 Wohnraum schafft
- 4 > Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und
5 preisgedämpften Wohnraums
- 6 > Preislimitierte Abgabe von Liegenschaften des Freistaats an Kommunen und gemeinnützige
7 Träger*innen zur zweckgebundenen Errichtung von sozial geförderten und preisgedämpften
8 Wohnungsbau
- 9 > Preislimitierte Verlängerung der Erbbaurechte oder Flächenabtretung für die bestehenden
10 Genossenschaftswohnungen auf Liegenschaften des Freistaats Bayern
- 11 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen
- 12 > Einrichtung eines Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen
13 oder gemeinnützigen Wohnungsbau
- 14 > Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke
- 15 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende
- 16 > Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden-
17 oder Blockschulwohnheime

A01

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Zukunftsfähige Ausbildungsförderung gestalten

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt

Adressat*innen

1 Das Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (BAföG) ist wie folgt zu
2 reformieren:

- 3 - Bedarfssätze und Freibeträge signifikant anheben, mit dem Ziel der mittel- bis
4 langfristigen Abschaffung von Obergrenzen
- 5 - Jährliche Anpassung der Fördersätze gemäß der Inflationsrate
- 6 - Anpassung des Wohnzuschlags an die ortsübliche Miete, solange nicht ausreichend
7 Wohnheimplätze durch öffentliche Träger*innen bereitgestellt werden
- 8 - Zahlung der Fördersumme als Vollzuschuss bei finanzieller Bedürftigkeit und flexibler
9 Rückzahlung
- 10 - Einbeziehung individueller Bedürfnisse und Erschwernisse wie beispielsweise Care-Arbeit
11 oder Urlaubssemestern aufgrund von Schwangerschaft und Kindererziehung
- 12 - Einbeziehung des Teilzeitstudiums in die Fördermöglichkeiten gemäß BAföG
- 13 - Studiengangwechsel dürfen nicht zu einer Benachteiligung im BAföG führen
- 14 - Anpassung bzw. Einführung von Freibeträgen für Arbeit und Ehrenamt neben dem
15 Studium
- 16 - Entkopplung des Förderzeitraums von Regelstudienzeiten
- 17 - Aufhebung aller Altersrestriktionen
- 18 - Fördermöglichkeit auch im Zweitstudium
- 19 - Vollständige Unabhängigkeit der Bemessung von Einkommen und Vermögen der Eltern
- 20 - Aufnahme des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) in den Beirat für
21 Ausbildungsförderung
- 22 - Schaffung eines zentralen Amtes für Ausbildungsförderung, das mit den nötigen
23 Personalkapazitäten ausgestattet ist, um auch in Spitzenzeiten eine zeitnahe Bearbeitung

1 der Anträge zu gewährleisten

2 **Begründung:**

3 Die im Folgenden aufgeführten Begründungen beziehen sich insbesondere auf ein
4 akademisches Studium, da dieser Antrag maßgeblich von Studierenden verfasst wurde.
5 Schüler*innen und Auszubildende profitieren aber gleichermaßen von vielen Punkten des
6 Antrags (z. B. Anhebung der Freibeträge, Anpassung des Wohnzuschlags, Zahlung als
7 Vollzuschuss).

8 Das BAföG ist das zentrale Element, um die gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschulen
9 in Deutschland zu erreichen. In den vergangenen Jahren ist unter den unionsgeführten
10 Regierungen ein massiver Reformstau eingetreten. Insbesondere unter schwarz-gelb, das sich
11 jeder Reform verweigerte. Erst Mitte 2015 gelang es der SPD einige finanzielle Verbesserungen
12 durchzusetzen, diese wiegen jedoch nicht einmal die seit der letzten BAföG-Reform eingetretene
13 Inflation auf. Die SPD hat den richtigen Schritt getan und muss diesen Weg konsequent
14 weitergehen. Nur so kann echte Chancengleichheit im akademischen Bildungssystem erreicht
15 werden. Die immer wieder neu erkämpfte Erhöhung der Fördersätze geht zu Lasten der
16 Studierenden und führt, wie bei den letzten Anpassungen deutlich wurde, zu de facto
17 gesunkenen Fördersummen. Die Inflation hat die Erhöhung schon in den Jahren zuvor
18 regelrecht aufgefressen und so können sich in einem schleichenden Prozess immer weniger
19 Menschen ein BAföG leisten bzw. sind anspruchsberechtigt.

20 Der Wohnzuschlag in Höhe von 250€ ist nicht nur viel zu niedrig bemessen, um sich Wohnraum
21 an Hochschulstandorten leisten zu können. In Ballungsräumen mit starkem Zuzug wie München
22 oder Berlin liegen die Mieten viel höher als beispielsweise in Magdeburg oder Witten-Herdecke.
23 Hier muss das BAföG bedarfsgerecht gestaltet werden.

24 Hauptgrund für die Nicht-Aufnahme eines Studiums ist die Angst vor Verschuldung. Ein
25 bedarfsgerechtes BAföG, das diese Angst nehmen soll, muss als Vollzuschuss gezahlt werden.
26 Auch müssen endlich besondere individuelle Belange wie die Pflege von Familienmitgliedern
27 (Care-Arbeit) oder Schwangerschaft und Kindeserziehung berücksichtigt werden. Viele weitere
28 Mängel im BAföG erschweren vor allem einkommensschwachen Personen den
29 Hochschulzugang.

30 Erklärtes Ziel der Sozialdemokratie ist das lebenslange Lernen, das für alle
31 Bevölkerungsgruppen erschlossen werden muss. So sind beispielsweise alle Altersrestriktionen
32 im BAföG aufzuheben, die Möglichkeit des Teilzeitstudiums einzubeziehen und auch ein
33 Zweitstudium muss förderfähig werden.

34 Des Weiteren wird im BAföG die Familie als unterstützende Einheit gesehen, die sie aber oft

1 nicht sein kann. Das Bild der Familie als tragende Säule der Gesellschaft ist überkommen und
2 entspricht nicht mehr der Lebensrealität im 21. Jahrhundert. Die Zuschüsse gemäß BAföG
3 müssen daher unabhängig von Einkommen und Vermögen der Eltern berechnet werden. Eine
4 Umverteilung zwischen Kindern reicher und armer Eltern muss über ein starkes Steuersystem
5 erfolgen.

6 Um eine faire Einbindung der Studierenden auf Augenhöhe zu ermöglichen, ist der fzs als einzig
7 legitime bundesweite Vertretung der Studierenden in den Beirat für Ausbildungsförderung
8 gemäß §44 BAföG und §2 Verordnung über die Einrichtung eines Beirats für
9 Ausbildungsförderung (BeiratsV) einzubinden.

10 Nachdem der Bund bereits die Zahlung der Fördersummen vollständig übernommen hat, ist der
11 nächste logische Schritt auch die Gewährung dieser Fördersummen durch den Bund zu regeln.

12 Nach wie vor werden die Ämter für Ausbildungsförderung aber durch die Länder eingerichtet
13 (vgl. §§39-40a BAföG). Künftig bedarf es eines zentral organisierten Bundesamtes für
14 Ausbildungsförderung, das regional und vor Ort vertreten ist.

A02

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Flughafen München zu „Kurt-Eisner-Flughafen“ umbenennen!

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Die SPD fordert zum 100. Jubiläum der Ausrufung des Freistaats Bayern die Umbenennung des
2 Flughafens München. Dieser soll künftig nach dem Gründer des Freistaats benannt sein. Er soll
3 den Namen „Kurt-Eisner-Flughafen“ tragen.

4 **Begründung:**

5 Die derzeitige Namensgebung des Münchner Flughafens nach Franz-Josef-Strauß steht in
6 keiner Weise im Verhältnis zu den Verdiensten dieses Politikers. Eine Person, die zum Beispiel mit
7 der Spiegel- oder der Fibag-Affäre so zentral in Verbindung zu bringen ist, kann nicht
8 Namensgeber eines Flughafens von solcher Bedeutung sein.

9 Daher fordert die SPD die Umbenennung des Flughafens München nach einem positiven
10 Beispiel bayerischer Geschichte. Zum 100. Jubiläum der Ausrufung des Freistaats, erscheint es
11 angemessen, den Flughafen nach dem Gründer der Republik auf bayerischem Boden
12 umzubenennen. Somit fordert die SPD die Umbenennung in „Kurt-Eisner-Flughafen“.

A03

- Angenommen -

Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!

Antragsteller*innen	Jusos Oberland
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Eine Probe- und Abtastphase ist notwendig und sinnvoll zu Beginn eines
2 Beschäftigungsverhältnisses. Dieses muss jedoch im Verhältnis zur Beschäftigung und zur
3 Beschäftigungsdauer stehen. Die derzeitige Regelung der Probezeit steht in keinsten Weise in
4 einem so gearteten Verhältnis.

5 Die möglichen Auslegungen der Probezeitregelungen dienen hauptsächlich dem Interesse der
6 Arbeitgebenden. Zwar ist im im BGB festgelegt, dass die Probezeit „längstens für die Dauer von
7 sechs Monaten“ 1 gilt, dennoch sieht es in der Realität anders aus. Eine Probezeit, die mit sechs
8 Monaten ausgelegt ist, wird in der Regel nicht geprüft und muss nicht begründet werden.2 In
9 einigen Berufen ist es allerdings üblich, selbst wenn diese Arbeitsverhältnisse befristet sind, die
10 Probezeit zu verlängern. Hierbei handelt es sich meist um künstlerische Berufe. Auch in diesen
11 Berufssparten finden wir, muss eine Feststellung der Kompatibilität zwischen der*dem
12 Arbeitgebenden und der*dem Arbeitnehmenden innerhalb sechs Monate möglich sein.
13 Deswegen fordern wir die maximale Dauer der Probezeit, ohne Ausnahme, auf sechs Monate zu
14 beschränken.

15 Des Weiteren ist sogar eine Probezeit, die über die Anstellungsdauer hinausgeht, möglich3. Ist
16 eine Person zum Beispiel für vier Monate angestellt, kann die Probezeit trotzdem sechs Monate
17 betragen. Bei einer Verlängerung der Anstellung, verfallen die zwei Monate nicht, sondern
18 werden einfach weiterhin als Probezeit gewertet. Dies bedeutet eine wahnsinnige Unsicherheit
19 und einen riesigen Druck auf Arbeitnehmende, die sich in diesen Fällen eh schon in befristeten
20 Arbeitsverhältnissen befinden. Aus diesem Grund fordern wir eine Staffelung der Dauer der
21 Probezeit, die sich an der Dauer der Anstellung misst und diese in keinem Fall überschreiten
22 darf. Außerdem ist die Möglichkeit Arbeitnehmer*innen zur Erprobung zu befristen
23 abzuschaffen, die Probezeit ist hier ausreichend. §14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 TzBfG ist daher zu

1 streichen.

2 Als weiteres Manko sehen wir auch den Geltungsbereich und das geltend werden des
3 Kündigungsschutzgesetzes. Selbst bei einer dreimonatigen Probezeit, gilt die Schutzwirkung des
4 Kündigungsschutzgesetzes erst nach dem sechsten Monat der Betriebszugehörigkeit eines*einer
5 Arbeitnehmer*in⁴. Dies gilt auch nur für Betriebe mit mehr als 10 Angestellten⁵. Um hier nicht
6 eine versteckte Verlängerung der Probezeit zu ermöglichen, fordern wir das Inkrafttreten des
7 Kündigungsschutzgesetzes mit dem Tag des Auslaufens der Probezeit. Dies muss auch für
8 Kleinbetriebe gelten. Es ist für uns nicht ersichtlich, weshalb Arbeitnehmende in Kleinbetrieben
9 unter einem geringerer Arbeitnehmer*innenschutz leiden sollten.

A04

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Mehr (Basis)Demokratie wagen – Einführung eines „Social Intranet“ innerhalb der Jusos

Antragsteller*innen Jusos Oberland
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Mit zurzeit ca. 70.0001 Mitgliedern sind die Jusos der zweitgrößte politische Jugendverband in
2 Deutschland und nach Afa und AG60+ die drittgrößte Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD.
3 Trotz alledem wird die Basis bei vielen internen Diskussionen außen vorgelassen. So begrüße ich
4 die Schaffung eines digitalen Diskussions- und Meinungsbildungsmedium für alle
5 Jungsozialist*innen.

6 **Begründung:**

7 Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide sind schon seit langer Zeit Bestandteil der Satzung
8 der SPD, aber in der täglichen Arbeit der Jusos noch nicht an der Tagesordnung. In meinen
9 Augen zu Unrecht. Die rege Beteiligung am Mitgliedervotum zum Landesvorsitz der Bayern
10 SPD2 und zum Koalitionsvertrag 20133 zeigen, dass viele Basis Genoss*innen gerne von ihrer
11 Stimme Gebrauch machen wollen, aber aus bestimmten Gründen kein Interesse an einem
12 Mandat haben. Eine digitale Austausch- und inhaltliche Diskussionsplattform nach dem Beispiel
13 der Piratenpartei4 gibt allen die Möglichkeit, ihre Expertise in bestimmten Bereichen mit
14 einzubringen und für die Gruppe einen breitestmöglichen Konsens zu finden. Selbstverständlich
15 soll diese Seite die exekutiven Kräfte der Jusos nicht entmachten und den verschiedenen
16 Kongressen unterstützend zur Seite zu stehen. So sehen viele (Neu)Mitglieder einfache
17 Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Jusos und eine beispiellose Öffnung der Parteistruktur
18 steht selbstverständlich auch im Sinne des Entwicklungsprozesses „#ResetbayernSPD“

A05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Öffentlichen Verkehr für junge Menschen attraktiv machen – Einführung eines Schüler*innen- und Student*innentickets im Geltungsbereich des Bayerntickets

Antragsteller*innen Jusos Oberland

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-
Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

1 Jährlich nutzen ca. 360 Millionen Passagiere das Angebot der DB Regio Bayern. Viele von
2 diesen sind Schüler*innen und Student*innen, die sich auf den Weg zu ihrer Schule oder
3 Universität machen, aber auch das Angebot nutzen, um ihren Freizeitbeschäftigungen
4 nachkommen zu können. Aufgrund von steigenden und in vielen Bereichen
5 unverhältnismäßigen Ticketpreisen wird dieses Angebot zu einem Luxus, den sich inzwischen
6 nicht mehr jeder leisten kann. Deswegen fordere ich ein landesweit gültiges Schüler*innen und
7 Student*innenticket, welches für jeden erschwinglich sein muss.

8 **Begründung:**

9 Vor allem in ländlichen Gebieten, wo man größere Distanzen überwinden muss, um von A nach
10 B zu kommen, sind viele junge Menschen aufgrund hoher Ticketpreise und ausgedünnten
11 Netzen dazu veranlasst, das Auto oder den Roller dem öffentlichen Verkehr vorzuziehen. Da der
12 Unterhalt solcher wiederum viel Geld schluckt und unter 16-jährige wiederum ausschließt,
13 greifen viele auf den Fahrdienst der Eltern zurück. Wenn Eltern aufgrund eines Arbeitsplatzes
14 hierfür keine Zeit haben, steht den Kindern ein langwieriger und teurer Weg bevor. Ein
15 Schüler*innen und Student*innenticket würde den jungen Menschen die Freiheit geben, mobil
16 und unabhängig von anderen zu sein und zudem auch die bereits übervollen Straßen entlasten.
17 So wurden bereits 2010 76% der Wege im motorisierten Individualverkehr zurückgelegt,
18 wohingegen 14% in Bus und Bahn zurückgelegt wurden¹. Die Werte beim Individualverkehr
19 sind seitdem steigend und im öffentlichen Verkehr sinkend. Die Einführung eines pauschalen,
20 ganzjährigen Netztickets für Schüler*innen und Student*innen nach hessischem Vorbild würde

1 den öffentlichen Verkehr für viele junge Menschen wieder attraktiv machen² . Durch eine
2 finanzielle Umstrukturierung der Ausgleichspflicht für Schüler*innen nach dem
3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und der Zusammenarbeit mit Verkehrsbetrieben, die
4 bereits Semestertickets anbieten, wäre dieses Vorhaben von öffentlicher Seite gut zu
5 unterstützen. Ziel dieses Angebotes soll es selbstverständlich sein, dass es sich eines Tages
6 aufgrund steigender Nachfrage selbst tragen wird.

A06

Standardsprache

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Jusos für alle – Beschlussbuch in Einfacher Sprache

Antragsteller*innen Jusos Ebersberg

Adressat*innen Jusos Oberbayern

1 In Zukunft sollen die Beschlussbücher der Jusos Oberbayern zusätzlich in Einfacher Sprache
2 veröffentlicht werden.

3 Begründung:

4 Die Anträge der Jusos sind häufig komplex und mit verschachtelten Sätzen versehen, die nicht
5 auf Anhieb verständlich sind. Ebenso werden Fremdwörter ohne Erklärung verwendet. Dies stellt
6 für manche Menschen eine Hürde dar, damit sich alle mit den Positionen der Jusos auseinander
7 zu setzen können, müssen unsere Texte barrierefrei sein!

8 Für die eigene Meinungsbildung ist das Verständnis der Sachlage das wichtigste. Denn nur,
9 wenn man einen Antrag verstanden hat, kann man selbst entscheiden, inwiefern man diesem
10 zustimmt.

11 Die Einfache Sprache ist für Menschen gedacht, die nicht so gut lesen und schreiben können,
12 für Migrant*innen, die nicht so gut deutsch sprechen, für Menschen mit Lernschwierigkeiten, für
13 Menschen, die in Gebärdensprache sprechen und auch für Jugendliche.

14 Die Begriffe Einfache Sprache und Leichte Sprache werden oft synonym verwendet. Die Einfache
15 Sprache ist jedoch eine Zwischenstufe zwischen Leichter Sprache und Standardsprache. Die
16 Leichte Sprache nimmt von Fremdwörtern Abstand, welche bei der Einfachen Sprache durchaus
17 mit Erklärung verwendet werden können.

18 Nebensätze können bei der Einfachen Sprache in Maßen verwendet werden, um beispielsweise
19 Zusammenhänge zu erklären oder Dinge näher zu bestimmen. Von Sätzen mit komplexen
20 Satzstrukturen ist jedoch abzusehen.

21 Deshalb sollten das Beschlussbuch der Jusos Oberbayern und somit die Anträge des

1 Beschlussbuches der Jusos Oberbayern in Einfacher Sprache verfasst sein. Die Unterbezirke
2 sollen angehalten werden, ihre Anträge beziehungsweise die Kernpunkte ihrer Anträge in
3 einfacher Sprache zusammenzufassen. Die Jusos Ebersberg stehen dabei gerne unterstützend
4 zur Verfügung!

A06

Einfache Sprache

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

18. Februar 2018

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Jusos für alle – Beschlussbuch in Einfacher Sprache

Antragsteller*innen Jusos Ebersberg

Adressat*innen Jusos Oberbayern

5 Die Jusos Oberbayern sollen ihre Beschlussbücher auch in Einfacher Sprache veröffentlichen.

6 Begründung:

7 Die Texte im Beschlussbuch sind oft schwer zu verstehen. Es gibt viele verschachtelte Sätze, die
8 man nicht sofort versteht. Es kommen viele Fremdwörter vor, die nicht erklärt werden. Manche
9 Menschen können diese Texte nicht verstehen und sich nicht mit der Meinung der Jusos
10 beschäftigen.

11 Um sich eine eigene Meinung zu bilden, muss man einen Antrag verstehen. Wenn man sich
12 eine Meinung gebildet hat, kann man selbst entscheiden, ob man diesem Antrag zustimmt oder
13 nicht.

14 Die Einfache Sprache ist eine Sprache für Menschen, die nicht so gut lesen und schreiben – für
15 Menschen, die nicht so gut deutsch sprechen – für alte Menschen – für Menschen mit
16 Lernschwierigkeiten – für Menschen, die in Gebärdensprache sprechen – und für Jugendliche.

17 Man verwendet die Begriffe Einfache Sprache und Leichte Sprache oft synonym – also als
18 gleiches Wort. Bei der Einfachen Sprache werden schwierigere Worte erklärt, wenn diese
19 verwendet werden.

1 Außerdem kann man Nebensätze bilden, um einen Zusammenhang näher zu erklären. Die
2 Sätze sind trotzdem kurz.

3 Deshalb soll das Beschlussbuch von den Jusos Oberbayern und die Anträge im Beschlussbuch
4 in Einfacher Sprache verfasst sein. Die Unterbezirke werden gebeten ihre Anträge auch in
5 Einfacher Sprache zu schreiben. Die Jusos Ebersberg helfen dabei gerne!

A07

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Auswilderung von Jusos an der biologischen Klippe

Antragsteller*innen Jusos Altötting

Adressat*innen

1 Jedes Jahr kommt es zur gleichen Situation, Jusos werden in die weite Welt der SPD
2 ausgegliedert, oftmals unfreiwillig und ohne den Wunsch der Betroffenen. Um dem natürlichen
3 Lauf der Natur gerecht zu werden, ist die Ausgliederung von Jusos im Alter von 35 Jahren ein
4 wichtiger und unumgänglicher Schritt. Jedoch kommt es dabei immer wieder zu
5 Komplikationen. Einige Jusos werden nach ihrer Ausgliederung nie wieder gesehen, andere
6 können die Herde nicht verlassen und alleine in der neuen Umgebung bestehen. Auch die
7 Angliederung an falsche Herden kann man in freier Wildbahn immer wieder beobachten.
8 Besonders im Reservat Niederbayern sieht man beide Phänomene immer wieder. Um dies
9 bayernweit zu verhindern, fordern wir folgende Maßnahmen für die erfolgreiche Ausgliederung
10 von Jusos in die freie SPD Welt:

- 11 1. Langsames Ausgliedern statt kalter Entzug. Auszuwildernde Jusos müssen langsam in die
12 neue Umwelt eingeführt werden. Um aber nicht ganz überfordert zu sein, dürfen sie
13 auch immer wieder zurückkehren und an Herdenveranstaltungen teilnehmen.
- 14 2. Ewige Dankbarkeit an die Herde der Jusos.
- 15 3. Der Draht zur Jusos Herde kann nur über links aufgenommen werden.
- 16 4. Auch weiterhin muss um 24 Uhr die Internationale gesungen werden, um der Jusos
17 Herde Unversehrtheit zu signalisieren.
- 18 5. Bei Innehaben von Führungspositionen ist die Rückkehr am Verbandscamp der Jusos
19 Oberbayern ein Muss.
- 20 6. Das Reservatgebiet um Seeheim muss vermieden werden.

A08

- Angenommen -

Wir brauchen saubere Luft in München! Wirksamer Luftreinhalteplan jetzt!

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt

Adressat*innen Jusos Oberbayern

1 Die bayerische Staatsregierung soll gemeinsam mit der Regierung von Oberbayern (Abteilung
2 für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) und der Stadt München in der dafür
3 vorgesehenen Strategiegruppe schnellstmöglich wirksame Maßnahmen in der siebten
4 Fortschreibung des Luftreinhalteplans (LRP) für die Stadt München und die dazugehörigen
5 Informationen sowie Gutachten veröffentlichen, damit die Maßnahmen im Rahmen einer
6 Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert werden können. Die Maßnahmen müssen anhand der im
7 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) festgeschriebenen Regeln und von der europäischen
8 Ebene festgelegten Grenzwerte erstellt werden. Bisherige Maßnahmen und Beschlüsse (z.B.
9 „Dieselgipfel“, das Konzept des 7. Luftreinhalteplans oder Beschlüsse des Bayerischen
10 Ministerrats) sind nicht wirksam genug, um Schadstoffe (besonders NOx) unter der
11 gesundheitsgefährdenden Grenze zu halten. Die Deutsche Umwelthilfe hat in einem
12 Gerichtsurteil erstritten, dass die siebte Fortschreibung Ende des Jahres 2017 wirksam werden
13 soll und die Öffentlichkeit anhand einer vorab ausliegenden Version des Plans anhand eines im
14 BImSchG festgelegten Prozedere beteiligt wird. Bisher wurden Strafzahlungen zu Lasten der
15 Gesundheit der Menschen in München in Kauf genommen, was wir nicht akzeptieren wollen.
16 **Wir fordern deshalb die schnellstmögliche Anpassung der siebten Fortschreibung des**
17 **Luftreinhalteplans an das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts, das eine Planung von**
18 **Dieselverboten vorsieht – ohne sie durchzuführen –, und ein faires, transparentes**
19 **Partizipationsverfahren. Münchner Umweltverbände fordern zahlreiche Maßnahmen, die im**
20 **Rahmen des LRP partizipativ diskutiert werden müssen. Die Fortschreibung des LRP und damit**
21 **einhergehende Maßnahmen sollten schnellstmöglich wirksam werden!**

Begründung

22 Bis zum Ende diesen Jahres muss für München ein Konzept für die siebte Fortschreibung des
23

1 Luftreinhalteplans entwickelt sein[1]. Ein Entwurf wurde schon entwickelt, jedoch nicht
2 veröffentlicht[2]. Derzeit liegt nur der Ministerratsbeschluss vom 18.7. [3] öffentlich vor, welcher
3 jedoch wenig zeitlich angemessene und für München konkrete Maßnahmen beinhaltet, die
4 Grenzwerte rechtzeitig einhalten zu können. Auch die „Dieselgipfel“ beinhalten zu wenig
5 konkrete wirksame Maßnahmen. [4]

6 ***Der Luftreinhalteplan schützt derzeit nicht die Gesundheit der Münchner*innen!***

7 Generell ist die Bayerische Staatsregierung für die Ausarbeitung des Luftreinhalteplans
8 verantwortlich und hat die Ausarbeitung an die Verwaltung der Regierung von Oberbayern
9 gegeben. Diese hat die Liste der Straßen, die Karte und eine Beschreibung der Messung
10 veröffentlicht - was die Minimal-anforderung eines VGH Urteils ist ([5]) ([6]) nicht jedoch
11 "Informationen, Grundlagen und Wirkungsabschätzungen für weitere und über die bislang
12 festgelegten Maßnahmen hinausgehende Vorschläge"([7]) welche aus der Maßnahme 1 der 6.
13 Fortschreibung - also einem Gutachten- hervorgehen sollten: „Gutachterliche Ermittlung der
14 verkehrlichen Bedingungen und Auswirkungen verkehrssteuernder Maßnahmen mit dem Ziel der
15 Minderung der Verkehrsmenge auf besonders belasteten Abschnitten sowie deren
16 Stickstoffdioxid-Minderungspotentials und sonstiger Auswirkungen auf die Luftqualität“ (S. 32,
17 Luftreinhalteplan 65).

18 ***Konkrete Maßnahmen sollten beschrieben und ermittelte Informationen veröffentlicht werden!***

19 Das Bundes-Immissionsschutzgesetz sieht unter §47 5a Folgendes vor (eigene
20 Hervorhebungen):[8] „Bei der Aufstellung oder Änderung von Luftreinhalteplänen nach Absatz 1
21 ist die Öffentlichkeit durch die zuständige Behörde zu beteiligen. *Die Aufstellung oder Änderung*
22 *eines Luftreinhalteplanes sowie Informationen über das Beteiligungsverfahren sind in einem*
23 *amtlichen Veröffentlichungsblatt und auf andere geeignete Weise öffentlich bekannt zu machen.*
24 *Der Entwurf des neuen oder geänderten Luftreinhalteplanes ist einen Monat zur Einsicht*
25 *auszulegen; bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist kann gegenüber der zuständigen*
26 *Behörde schriftlich oder elektronisch Stellung genommen werden; der Zeitpunkt des Fristablaufs*
27 *ist bei der Bekanntmachung nach Satz 2 mitzuteilen. Fristgemäß eingegangene Stellungnahmen*
28 *werden von der zuständigen Behörde bei der Entscheidung über die Annahme des Plans*
29 *angemessen berücksichtigt. Der aufgestellte Plan ist von der zuständigen Behörde in einem*
30 *amtlichen Veröffentlichungsblatt und auf andere geeignete Weise öffentlich bekannt zu machen.*
31 In der öffentlichen Bekanntmachung sind das überplante Gebiet und eine Übersicht über die
32 wesentlichen Maßnahmen darzustellen. Eine Ausfertigung des Plans, einschließlich einer
33 Darstellung des Ablaufs des Beteiligungsverfahrens und der Gründe und Erwägungen, auf

1 denen die getroffene Entscheidung beruht, wird zwei Wochen zur Einsicht ausgelegt.“
2 Außerdem sieht der Gerichtbeschluss des VGH eine Öffentlichkeitsbeteiligung für München vor
3 [9], welche folgende Auflagen beinhaltet (S. 6f, meine Hervorhebungen): „bis zum Ablauf des
4 31. August 2017 Öffentlichkeitsbeteiligung zur Vorbereitung einer weiteren Fortschreibung des
5 Luftreinhalteplans für die Landeshauptstadt München (§ 47 Abs. 5 Satz 2, Abs. 5a Satz 1 bis 3
6 BImSchG) dergestalt einleitet, dass er in das Amtsblatt der Regierung von Oberbayern eine *den*
7 *Anforderungen des § 47 Abs. 5a Satz 2 BImSchG genügende Bekanntmachung* einrückt, aus
8 der sich ergibt, *dass in eine solche Fortschreibung Verkehrsverbote für Fahrzeuge mit*
9 *Selbstzündungsmotor in Bezug auf enumerativ aufzuführende Straßen(abschnitte) im Gebiet der*
10 *Beigeladenen aufgenommen werden sollen*, welche zeitlichen und sachlichen Einschränkungen
11 – unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe – für diese Verkehrsverbote ggf. in Aussicht
12 genommen sind, und hinsichtlich welcher Straßen(abschnitte) im Gebiet der Beigeladenen, an
13 denen der in § 3 Abs. 2 der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-
14 Immissionsschutzgesetzes festgesetzte Immissionsgrenzwert nach dem aktuellsten dem Beklagten
15 zur Verfügung stehenden Erkenntnisstand überschritten wird, von der Aufnahme eines solchen
16 Verkehrsverbots mit welcher Begründung abgesehen werden soll.“

17 Das ist schon die zweite Frist, die die Staatsregierung absichtlich und ohne Konsequenzen reißt.
18 [10] (Die Liste/Karte der Straßen in München, die eine zu hohe NO2 Belastung haben, kam zu
19 spät, basierend auf falschen Werten und ohne beiliegenden Maßnahmenkatalog spezifisch für
20 München.

21 ***Die Öffentlichkeit sollte mit einbezogen werden, um ein transparentes Verfahren zu***
22 ***ermöglichen!***

23 [[1] <https://bayvr.de/2017/03/01/bayvgh-luftreinhalteplan-muenchen-freistaatbayern-bleibt-in-der-pflicht/>

24 [2] Information aus Hintergrundgespräch

25 [3] <http://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-18-juli-2017/?seite=1617>

26 [4] <https://spd-rathausmuenchen.de/meldungen/das-reicht-nicht-statement-zumdieselgipfel-von-jens-roever/>

27 [5] <http://www.vgh.bayern.de/media/bayvgh/presse/16a01427u.pdf> (S. 6)

28 [6] <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/aufgaben/umwelt/allgemein/luftreinhalte/02716/> ,

29 [7] https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=4227802

30 [8] http://www.gesetze-im-internet.de/bimSchg/___47.html

31 [9] <http://www.vgh.bayern.de/media/bayvgh/presse/16a01427u.pdf>

32 [10] <http://www.duh.de/pressemitteilung/es-bleibt-bei-diesel-fahrverboten-in-muenchen-ab-2018-deutsche-umwelthilfe-begruesst-transparenzoffen/>

A09

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Einordnungspflicht von Wahlumfragen

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt

Adressat*innen Jusos Oberbayern

1 Die Jusos München setzen sich auf geeigneten Ebenen für eine Einordnungspflicht von
2 Wahlumfragen und Prognosen in der öffentlichen Berichterstattung ein. Dies umfasst jegliche Art
3 der Veröffentlichung von Wahlumfragen und Prognosen. Diese sollen als solche gekennzeichnet
4 werden müssen, darüber hinaus soll es jeder/jedem ermöglicht werden, die Entstehung der
5 jeweiligen veröffentlichten Umfrage oder Prognose und die jeweiligen Hintergründe auf einer
6 oberflächlichen, leicht zugänglichen Ebene nachzuvollziehen.

7 **Begründung:**

8 Für viele Menschen sind Wahlumfragen die Grundlage für die Wahlentscheidung. Insbesondere
9 im Hinblick auf mögliche Koalitionsoptionen sind Umfragen oft ausschlaggebend für die
10 endgültige Stimmenvergabe der wählenden Bevölkerung.

11 Gleichzeitig suggerieren Wahlumfragen aber, dass der Ausgang der Wahl bereits abzusehen
12 sei, die Bedeutung der eigenen Stimme wird dadurch entwertet. Dies ist an diversen Stellen in
13 Kommentarspalten der sozialen Medien ersichtlich, wo Menschen von „Manipulation“ oder
14 Ähnlichem sprechen. Es entsteht bei manchen Menschen das Gefühl, dass die Ergebnisse der
15 Wahl bereits feststünden und ihre Stimmabgabe keinen Einfluss mehr auf das Ergebnis haben
16 kann.

17 Darüber hinaus gibt es bei Umfragen im Wahlkontext immer wieder tendenziöse
18 Fragestellungen. Insbesondere hier ist es notwendig, den Entstehungsprozess und die
19 Hintergründe der Umfrage einsehen zu können.

20 Beispielsweise in Onlinemedien ist eine Erläuterung der Hintergründe auf einer verlinkten Seite
21 oder in einem Popup einfach umzusetzen, Printmedien oder Rundfunk bzw. Fernsehen haben
22 ebenfalls die Möglichkeit auf ihre jeweiligen Online-Präsenzen hinzuweisen.

A10

- An Gesamtvorstand überwiesen -

Geringverdiener*innen entlasten – Mehrwertsteuersenkung jetzt!

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt

Adressat*innen

1 Wir Jusos wirken in der SPD darauf hin, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer von 18 % auf
2 16 % in das Regierungsprogramm zur nächsten Bundestagswahl aufgenommen wird und
3 wollen, dass die SPD das Thema auch in ihrer (wahrscheinlichen) Rolle als Oppositionspartei in
4 der Legislaturperiode zwischen 2017 und 2021 vertritt. Ein mögliches Modell ist der Vorschlag
5 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin mit einer weiteren Senkung des
6 ermäßigten Satzes um zwei Prozentpunkte von 7 % auf 5 % und einer Reform der
7 Anwendungsfälle des ermäßigten Satzes. Stattdessen soll verstärkt der Schwerpunkt auf eine
8 direkte, progressive Besteuerung gelegt werden.

9 Im Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 heißt es: „Für uns geht es um
10 Steuergerechtigkeit. Wir wollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und
11 kleinen Einkommen bei Steuern und Abgaben entlasten.“ Wenn man sich den Bereich Steuern
12 genau anschaut, ergibt sich jedoch folgendes: Maximale Profiteure des Steuerkonzeptes der
13 SPD für die Bundestagswahl 2017 wären, nach Berechnungen des Ökonomen Frank Hechtner
14 der FU Berlin, Singles mit einem Bruttojahreseinkommen von 63 000 Euro. Einen solchen
15 Verdienst erwartet man ganz sicher nicht bei einem Menschen mit kleinem Einkommen
16 (durchschnittlicher Brutto-Jahresarbeitslohn eines Arbeitnehmers 2016: 33 396 Euro). Im
17 Gegenteil: Das unterste Einkommensdezil zahlt überhaupt keine Einkommenssteuern. Es ist
18 daher offensichtlich, dass eine wirksame steuerliche Entlastung der unteren
19 Einkommensgruppen nicht durch Reformen der Einkommenssteuer zu erzielen ist.

20 **Wie könnten untere Einkommensgruppen steuerlich entlastet werden?**

21 Knapp die Hälfte des gesamten Steueraufkommens machen indirekten Steuern aus. Hierzu
22 gehören z.B. die Tabak-, Alkohol-, Energie- und Versicherungssteuer und, der größte Posten, die
23 Mehrwertsteuer. Während direkte Steuern wie Einkommens- und Unternehmensteuer progressiv

1 sind, d.h. die Durchschnittsbelastung mit steigendem Einkommen zunimmt, verhalten sich
2 indirekten Steuern regressiv, die Durchschnittsbelastung nimmt mit steigendem Einkommen ab:
3 Das unterste Einkommensdezil muss 23 % seines Bruttoeinkommens für indirekte Steuern
4 aufwenden, das oberste demgegenüber nur 7 %.

5 Da es nicht Ziel einer ökologisch und gesundheitspolitisch verantwortungsvoll handelnden Partei
6 wie der SPD sein kann, die Tabak-, Energie- oder Alkoholsteuer zu senken, bliebe eine Senkung
7 der Mehrwertsteuer. Diese teilt sich in einen Regelsatz (19 %, 92 % des
8 Mehrwertsteueraufkommens) und einen ermäßigten Satz (7 %, z.B. auf Nahrungsmittel,
9 Personenbeförderung im Nahverkehr, Presseartikel, Beherbergungsleistungen,
10 Gesundheitsleistungen) auf. Eine Senkung des Regelsatzes um einen Prozentpunkt auf 18 %
11 ergibt eine Entlastung um bzw. Mindereinnahmen von 11 Milliarden Euro. Eine Senkung des
12 ermäßigten Steuersatzes um zwei Prozentpunkte auf 5 % erscheint primär nur für Güter des
13 existentiellen Bedarfs sinnvoll (Nahrungsmittel, öffentlicher Personennahverkehr). Einige weitere
14 Ermäßigungen (Stichwort „Hotelsteuer“) stellen eher einseitige Subventionen dar und können
15 entfallen. Bei einer restriktiven Verwendung des ermäßigten Steuersatzes auf oben genannte
16 existentielle Güter und Senkung auf 5 % beliefen sich die Mindereinnahmen auf 3,8 Milliarden
17 Euro. Insgesamt schlägt die durch das DIW vorgeschlagene Reform daher mit 14,8 Milliarden
18 Euro zu Buche.

19 Einschränkung muss jedoch erwähnt werden, dass eine Senkung der Mehrwertsteuersätze
20 (Regel- und ermäßigter Satz) von den Unternehmen nicht zwangsläufig an den Verbraucher
21 weitergegeben werden müssten. Ökonomen haben berechnet, dass die temporäre Senkung des
22 Mehrwertsteuersatzes von 17,5 % auf 15 % im Vereinigten Königreich zwischen Dezember 2008
23 und Januar 2010 zu einem großen Teil (zumindest initial) an den Verbraucher weitergegeben
24 wurde und zu vermehrtem Konsum geführt hat. Entscheidend ist hierbei auch ein hinreichender
25 Wettbewerb innerhalb der jeweiligen Branche.

26 **Es ist Zeit für eine Senkung der Mehrwertsteuer!**

27 Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2005 lehnte die SPD eine Erhöhung der
28 Mehrwertsteuer ab, die Union wiederum forderte eine Erhöhung des Regelsatzes um zwei
29 Prozentpunkte von 16 % auf 18 %. Schlussendlich kam es 2006 in der Großen Koalition zu
30 einer Steigerung des Regelsatzes um drei Prozentpunkte von 16 % auf 19 %, welcher bis heute
31 gilt.

32 Dieser Glaubwürdigkeitsverlust der SPD muss bei einer kommenden Regierungsbeteiligung auf
33 Bundesebene korrigiert werden. Da das Bundesfinanzministerium nach einer aktuellen
34 Schätzung von weiter steigenden Steuereinnahmen bis 2021 ausgeht, ist die kommende

1 Bundestagswahl ein idealer Zeitpunkt, eine Reform der Mehrwertsteuer zu fordern. Zusammen
2 mit einer Reduktion der Sozialabgaben, die bereits im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl
3 2017 genannt ist, ist eine Senkung der Mehrwertsteuer eine wirksame Entlastung für Menschen
4 mit kleinem Einkommen. Zudem gilt: Da sich auch die mittleren und oberen
5 Einkommensgruppen über geringere Verbraucherpreise freuen, dürften breite
6 Bevölkerungsschichten Mehrwertsteuersenkungen positiv aufnehmen.

7 1 Stefan Bach und Niklas Isak (2017): Senkung der Mehrwertsteuer entlastet untere und mittlere Einkommen am
8 stärksten. DIW Wochenbericht Nr. 31 (online verfügbar).

9 2 „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021“, S. 49 (online verfügbar).

10 3 „Wer wirklich vom Steuerkonzept der SPD profitiert“, [http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steuern-spd-plant-](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steuern-spd-plant-entlastungen-bis-in-die-obere-mittelschicht-1.3564368)
11 [entlastungen-bis-in-die-obere-mittelschicht-1.3564368](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steuern-spd-plant-entlastungen-bis-in-die-obere-mittelschicht-1.3564368). Abgerufen am 20.10.2017 (kostenpflichtig online
12 verfügbar).

13 4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164047/umfrage/jahresarbeitslohn-in-deutschland-seit-1960/>

14 5 Stefan Bach, Martin Beznoska und Viktor Steiner (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung
15 nur schwach progressiv. DIW Wochenbericht Nr. 51+52 (online verfügbar).

16 6 Richard Blundell (2009): Assessing the Temporary VAT Cut Policy in the UK. *Fiscal Studies* 30 (1), 31–38 (online
17 verfügbar); Thomas Crossley, Hamish Low und Cath Sleeman (2014): Using a temporary indirect tax cut as a fiscal
18 stimulus: evidence from the UK. IFS Working Paper W14/16 (online verfügbar, teilweise kostenpflichtig).

19 7 „VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND. Das Wahlmanifest der SPD.“, S. 39 (online verfügbar).

20 8 „Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.“, S.13 ff. (online verfügbar).

21 9 Siehe „Haushaltsbegleitgesetz 2006“ (online verfügbar).

22 10 „Ergebnis der 151. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 9. bis 11. Mai 2017 in Bad Muskau“
23 (online verfügbar).

24 11 „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021“, S. 48 ff. (online verfügbar).